

„Wir wollen nicht beiseite stehen“

Wie der deutsche Zerstörer „Hamburg“ in der Adria das Jugoslawien-Embargo überwacht

Henning Voscherau, Hamburgs Erster Bürgermeister, taugt als Patenonkel offenbar nur wenig. Diesen Eindruck hat die Mannschaft des Zerstörers „Hamburg“, die zur Zeit in der Adria das Uno-Handelsembargo gegen Rest-Jugoslawien überwacht.

Mit einer Spende von 200 Litern Bier will Voscherau übernächste Woche für bessere Stimmung sorgen, wenn er gemeinsam mit Verteidigungsminister Volker Rühle dem Zerstörer einen Weihnachtsbesuch abstattet. Aber die beiden Politiker werden auf dem Patenschiff der Hansestadt keineswegs freudig erwartet.

Die Mannschaft der „Hamburg“ fühlt sich im Stich gelassen: von Voscherau, weil er für das Schiff bislang nicht mehr als gelegentliche Pflicht-Grußbotschaften übrig hatte, jetzt aber publicityträchtig zur Bescherung einfliegen will; vom Verteidigungsminister, weil der den Soldaten den Einsatz verweigert, auf den sie brennen.

Seit der Verschärfung des Uno-Embargos Mitte November dürfen die anderen Schiffe von Nato und Westeuropäischer Union (WEU) verdächtige Handelsschiffe durchsuchen und an der Weiterfahrt hindern. Den Deutschen sind solche Aktionen vom Grundgesetz her verboten. Schon der reduzierte Einsatz – das Embargo wird nur überwacht, nicht aber durchgesetzt – ist verfassungsrechtlich umstritten. Denn seit der Vereinigung debattieren Politiker und Juristen, in welcher Form und in welchem Umfang sich das größere Deutschland an internationalen Einsätzen beteiligen darf.

Entsprechend groß war der Konflikt, als im Juli die „Bayern“ als erstes deutsches Schiff in die Adria geschickt wurde. Die SPD ließ sogar die Abgeordneten zu einer Sondersitzung des Bundestages aus dem Urlaub zurückholen und reichte vor dem Karlsruher Verfassungsgericht Klage ein.

Mittlerweile ist es stiller geworden um die Marine-Patrouillen in der Adria, Gewöhnung macht sich breit. Die Ablösung der „Niedersachsen“, des zweiten deutschen Schiffs, durch die „Hamburg“ war nur noch Randnotizen wert. Doch mit dem andauernden Einsatz werden Tatsachen geschaffen, hinter die niemand mehr zurückgehen wird.

Einem großen Teil der 272 Mann starken „Hamburg“-Besatzung geht der Einsatz allerdings nicht weit genug. Sie

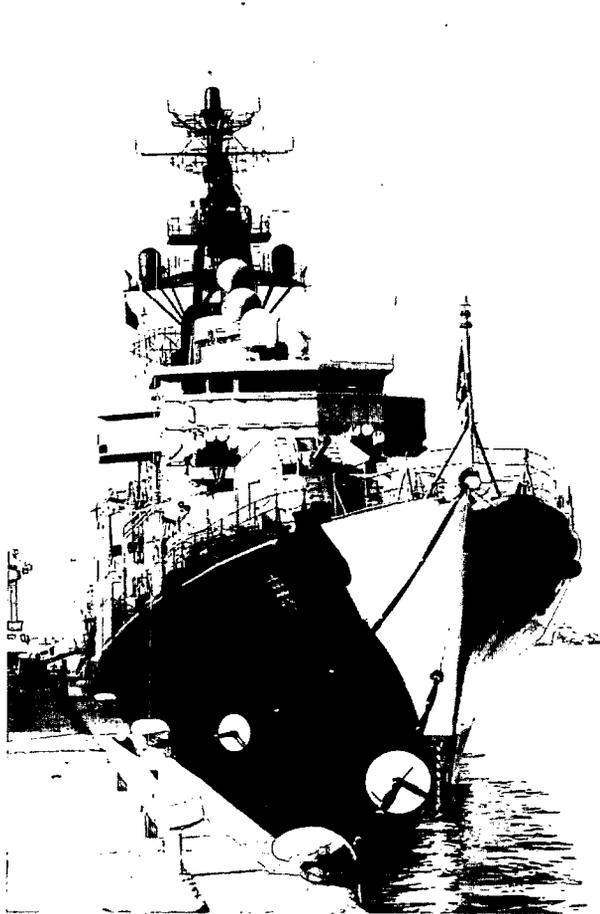
wollen am liebsten tun, was die anderen dürfen: Embargobrecher anhalten und filzen.

„Wir operieren in einem einheitlichen Nato-Verband – da wollen meine Leute nicht beiseite stehen“, meint Fregattenkapitän Hans-Joachim Rutz, der Kommandant der „Hamburg“. Er hält es für dringend geboten, daß die Bundesregierung „klare Rechtsgrundlagen für die Bundeswehr“ schafft.

„Bis dahin hängen wir in der Luft“, klagt der Hauptgefreite Dirk Braun. Er wäre „mit noch mehr Stolz“ bei der Sache, „wenn wir richtig mitmachen dürfen“.

Und Kapitänleutnant Gerhard Sender vermutet, die Nato-Partner schätzten die Deutschen gering, weil die sich zurückziehen müßten, sobald es brenzlig wird.

Die Sorge um das internationale Ansehen



Zerstörer „Hamburg“: Lagebild vom Verkehr



Fregattenkapitän Rutz, Besatzungsmitglieder: Nicht viel zu melden

* Vergangene Woche im Hafen von Ancona.

und Einfluß ist allerdings unbegründet. Auf den alliierten Kriegsschiffen herrscht Verständnis für die Deutschen. „Die müssen ihr Gesetz achten und wir unseres“, sagt der Sprecher der amerikanischen Fregatte „Halyburton“, Oberleutnant Hugh M. Hughes. „Also machen die ihren Job, wir machen unseren.“

Auf See zeichnet die „Hamburg“ ein Lagebild vom Verkehr in der Adria und wartet auf einen „contact of interest“: Weicht ein Handelsschiff vom angegebenen Kurs ab und steuert auf Montenegro zu, gibt die Mannschaft Kurs und Position an sechs verbündete Nato-Schiffe weiter.

Die Italiener, Briten, Amerikaner, Türken, Griechen oder Niederländer führen dann die Aktion „Stop and Search“ durch: Ein kleines, leicht bewaffnetes Kommando geht an Bord des verdächtigen Schiffes, überprüft Ladung und Papiere.

Viel zu melden bleibt der „Hamburg“ nicht. Maximal sechs „contacts of interest“ verzeichnet Kapitän Rutz pro Tag. An manchen Tagen, so berichten die Amerikaner, „passiert überhaupt nichts“. Nur jedes zehnte suspektes Schiff wird durchsucht; 90 Prozent der Alarmmeldungen erweisen sich als falsch.

So hatte etwa ein albanisches Boot stundenlang die Aufmerksamkeit der Überwachungsarmada auf sich gezogen, weil es seelenruhig entlang der montenegrinischen Küste schipperte und auf die gefunkten Anfragen der Deutschen nicht antworten wollte. Am Ende der Verfolgung stellte sich heraus, daß der altersschwache Kahn kein Funkgerät besaß und schlichtweg die kürzeste Strecke nach Triest gewählt hatte.

Seit Beginn des verschärften Embargos wurde nur ein einziger Übeltäter erwischt; die anderen durchsuchten Schiffe hatten entweder keine oder erlaubte Waren, etwa Lebensmittel, an Bord. Serbien versorgt sich mit wichtigen Gütern, wie Öl, routiniert auf dem Landweg.

Dennoch will Kapitän Rutz den Vorwurf nicht gelten lassen, die Deutschen schipperten nur die schwarzrotgoldene Flagge durch die Adria: „Ohne die Schiffe von Nato und WEU wäre hier viel mehr los.“ Der Beitrag der „Hamburg“ als „Frühwarnsystem des Verbandes“ sei nicht zu unterschätzen.

In dieser Eigenschaft erwächst der „Hamburg“ starke Konkurrenz – und zwar aus der eigenen Truppe. Mit der gleichen Aufgabe – Lagebild erstellen, Verdächtige melden – sind drei auf Sardinien stationierte deutsche Aufklärungsfugzeuge betraut.

Sie fliegen Tag für Tag die Adria mehrmals hinauf und hinunter und melden pro Sechsstundenschicht mehr „Kontakte“ als die „Hamburg“ in 24 Stunden.

Affären

Wie bei Bokassa

Neues aus Thüringen: Finanzminister Klaus Zeh ist sein eigener Geschäftspartner, in seiner Behörde versickern Millionen.

Verzweifelt versuchte der Thüringer Finanzminister Klaus Zeh, 40, seinen Kabinettschef Bernhard Vogel, 59, zu erreichen. Erst am späten Mittwochabend vorletzter Woche hatte er Erfolg.

Dann legte der Minister bei Vogel die Beichte ab. Er sei an einer Computerfir-

und Gesundheit), keine Ruhe ein. Schon wieder schlittert ein Thüringer Minister in eine handfeste Affäre.

Um den Schaden zu begrenzen, riet Vogel seinem Zeh, in die Offensive zu gehen und die Öffentlichkeit zu informieren. Doch Zeh erzählte dem Publikum nur die halbe Wahrheit. So verschwie er, daß sein Unternehmen auch Zuschüsse aus dem Wirtschaftsministerium bekommt: 1991 bewilligte das Wirtschaftsressort aus dem Programm Technologieförderung Thüringen 17 850 Mark, 1992 waren es schon 45 150 Mark.

Ein weiterer Förderantrag liegt schon vor. 115 832 Mark möchte die Firma aus Steuermitteln für die „Weiterentwicklung des Softwarepakets ARCOFOT“.

Diesmal allerdings wird es mit der Förderung schwieriger. Der Sachbearbeiter hat gewechselt, in der zuständigen Abtei-



Finanzminister Zeh, Chef Vogel*: „Das kann der besser“

ma beteiligt, die mit seinem Ministerium in regem Geschäftsverkehr stehe.

Mit fünf Freunden, so Zeh weiter, habe er kurz nach der Wende die Albrecht-Software GmbH in Erfurt gegründet. Auf der Suche nach solventen Kunden sei sein Unternehmen vor allem bei der öffentlichen Verwaltung fündig geworden. Das Finanzministerium habe an sein Unternehmen Aufträge in Höhe von rund 355 000 Mark vergeben.

Den Ministerpräsidenten traf das Geständnis hart. Im Thüringer Skandalkabinett, dämmerte dem erfahrenen Christdemokraten, kehrt offenbar auch nach der Auswechslung der beiden Affärenminister, Willibald Böck (Innen) und Hans-Henning Axthelm (Soziales

* Auf dem Thüringer CDU-Parteitag am 28. November; rechts: Generalsekretär Schlumberger.

lung rätseln die Beamten, warum die Firma bisher überhaupt gefördert worden ist.

Außer dem Finanzministerium ist auch das Erfurter Kultusministerium Kunde bei der Zeh-Firma. Für insgesamt bisher 250 000 Mark erhielt der Betrieb, der inzwischen Albrecht & Partner heißt, Aufträge aus dem Kulturressort. Zum Innenministerium, zum Umweltministerium und zum Landesrechnungshof bestehen ebenfalls Geschäftsbeziehungen.

Nach seiner Berufung zum Finanzminister ließ Zeh zwar sein Amt als Geschäftsführer der GmbH ruhen. Die Gesellschafteranteile behielt er jedoch, ebenso die Option, später auf den Geschäftsführerposten zurückzukehren.

Zeh sieht in seiner Doppelrolle als öffentlicher Kunde und privater Verkäu-